

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelsbain, Buecha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfeldberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Stauditz, Therna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erstausgabe wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, jährlich Mk. 36.—,
ohne Auslagen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer
Bewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezogener
keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die halbspaltige Korpuszeile 70 Pfg., auswärts 80 Pfg. An-
wärtiger Zeit Mk. 1.50, Reklamazeile Mk. 1.50. Beilagegebühr pro Bandert Mk. 2.—.
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages,
gehört noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen.
Bestellungen werden von den Ausrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Verantwortl. Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Günter & Söhne, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 88

Mittwoch, den 27. Juli 1921

32. Jahrgang

Ämtliches.

Stadtgemeinderatsitzung

Donnerstag, den 28. Juli 1921, abends 7 Uhr.
Tagesordnung befindet sich im Rathaus am Brett.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die deutsche Antwortnote auf die letzte Note Briands ist dem französischen Botschafter in Berlin überreicht worden. Sie weist die Anschuldigungen der französischen Note entschieden zurück.

* Die deutsche Regierung hat bei der französischen angefragt, ob die geplante Entsendung einer französischen Division nach Oberschlesien einem Wunsch aller Alliierten entspricht.

* „Daily Chronicle“ erklärt, daß in amtlichen Kreisen von einem angeblichen Memorandum der britischen Admiralität betreffend Belgien nichts bekannt ist.

* Im Laufe des nächsten Monats wird in Brüssel eine katholische Internationale für den Mittelstand gegründet werden. Belgien, Holland, Frankreich und die Schweiz haben ihre Unterstützung bereits zugesagt.

* Die Niederlage der Spanier in Marokko hat sich als ungemessen folgenschwer herausgestellt. Auch der kommandierende spanische General Suñer ist gefallen.

Schlussdienst.

Drabingnachrichten vom 26. Juli.

Gegen die französischen Divisionen.

London. In den „Sunday Times“ wird geschrieben: Die Haltung der französischen Besatzungstruppen in Oberschlesien sei durchaus provozierend, die Entsendung weiterer Truppen werde die Lage verschlimmern und Polen zu einer Haltung ermutigen, die zum Ausbruch führen könne. Neue Unruhen in Oberschlesien würden wahrscheinlich den Sturz der deutschen Regierung herbeiführen; ein Ereignis, das bei der gegenwärtigen Lage katastrophale Folgen haben würde. Wenn Truppen gefandt werden sollen, dann müssen es ebenso englische wie französische sein. Aber englische Truppen würden nicht entsandt werden, bevor der Oberste Rat zusammengetreten ist.

Überprüfung des englischen Kommissars.

London. Die englische Regierung hat den englischen Kommissar in Oberschlesien, Sir Harold Stuart, aufgefordert, dringend nach London zu kommen, um mit der Regierung zu konferieren. Die englische Regierung will ihren Vertreter in Oberschlesien über die Meinungsverschiedenheiten befragen, die zwischen seinen persönlichen Telegrammen und der Note der alliierten Kommission an die Botschafterkonferenz bestehen.

Kommunistische Rundgebung in London.

London. Eine starke Gruppe englischer Kommunisten veranstaltete vor der Kellionsäle eine große Rundgebung. Nach heftigen Angriffen gegen die Regierung wurde eine Entschließung angenommen, die die sofortige Kuberkraftsetzung der außerordentlichen Vollmachten der Regierung und die Freilassung aller gefangenen Kommunisten verlangt.

Baltischer Randstaatenbund.

Rom. Es wurde ein Präliminarvertrag unterzeichnet, der als Grundlage für ein Bündnis zwischen Estland, Lettland und Litauen in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht (letzteres als Defensivbündnis) zu gelten hat. Die Ritters- und Handelsminister der drei Länder arbeiten in Briga eine wirtschaftliche Konvention aus. In Estland herrscht Verwirrung darüber, obwohl man zweifelt, daß dieser Vertrag für Estland im Falle einer Offensiv-Politik gegen Litauen Bedeutung haben wird.

Zentralamerikanischer Staatenbund.

Washington. Die Verhandlungen über den Abschluß einer Vereinbarung der fünf zentralamerikanischen Republiken Panama, El Salvador, Guatemala, Nicaragua und Costa Rica zu einem einzigen souveränen Staat stehen vor dem Abschluß.

Verschiedene Meldungen.

Stettin. Aus der Werk des Vulkan liefern für den norddeutschen Lloyd zwei in Bremen erbaute Frachtdampfer von je 6000 Tonnen von Stapel.

Großfeld. Zwischen Koccastrada und Saffortino wurden etwa fünfzig Häuser von Kommunisten angegriffen. Ein Haus ist. Die Russen verfolgten die Kommunisten, wobei es noch weitere Tote gab. Einige Häuser von Kommunisten wurden niedergebrannt.

La Paz (Bolivien). Die Regierung hat das Protokoll über die Wiederannahme der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland ratifiziert.

Notenkampf.

Zwischen Paris und Berlin wird wieder einmal hin und her geschossen. Mit diplomatischen Noten natürlich nur, nicht mit weittragenden Kanonen. Was Herr Briand vor acht Tagen Herrn Dr. Rosen über Oberschlesien zu sagen hatte, erforderte eine Antwort, die genau überlegt werden sollte und sich auf vorgängige zuverlässige Erkundigungen stützen mußte. Eine Woche war darüber noch nicht ganz verstrichen, da bekam es der französische Botschafter Laurent schon mit der Ungeheuer und fragte im auswärtigen Amt nach, ob er nun wohl bald endlich Bescheid

bekommen werde. Insbesondere wollte er wissen, ob Deutschland bereit sei, den Durchtransport einer neuen französischen Division nach Oberschlesien nach Kräften zu erleichtern. Es traf sich gut, daß Herr Dr. Rosen ihm diesmal auf der Stelle antworten konnte. Mit vollem Recht betonte er, daß Deutschland in Oberschlesien es nicht nur mit Frankreich, sondern auch mit den übrigen Entente-Staaten zu tun habe und hat um Beibringung auch der englischen und italienischen Einwilligung zur Verstärkung der jetzt schon vorhandenen Besatzung. Und was Oberschlesien selbst betrifft, so bekam Herr Laurent eine Gegennote eingehändig, mit der sich so ziemlich das ganze deutsche Volk einverstanden erklären wird. Den Franzosen auf polnische Lügenmeldungen gestützten Darstellungen der augenblicklichen Lage in Oberschlesien wird nach Gebühr heimgeleuchtet, die Verantwortlichkeit der Entente für die Zustände im Abstimmungsgebiet noch einmal schonungslos festgelegt und die deutsche Bevölkerung gegen alle ihr unterstellten blutdürstigen Absichten mit Nachdruck in Schutz genommen. Eine ungemein lehrreiche Lektüre für alle diejenigen, denen daran liegt, die Wahrheit über Oberschlesien kennenzulernen. Nur muß man freilich damit rechnen, daß in Frankreich Wahrheitsfänger dieser Art kaum anzutreffen sein werden.

Die Pariser Presse schäumt vor Zorn. Unverschämte und anmaßende findet sie diese deutsche Antwort, wobei zu bemerken ist, daß sie bisher wohl so ziemlich seit dem ersten Kriegen, den der Weltkrieg uns eingebracht hat, je eine deutsche Antwort, die nicht zu den Forderungen der Gegenseite Ja und Amen sagte, unverschämte und anmaßend gefunden hat. Hat sie bisher für Birch und Rosen zuweilen vorsichtige Worte der Anerkennung gefunden, so sieht es jetzt fast so aus, als wolle sie das neueste deutsche Kabinett in die Wollschucht schleudern, zu Fehrenbach und Simons und wer sonst vor diesen das Deutsche Reich zu vertreten hatte. Der Kenner der französischen Volksseele wird sich über diese Wutanstöße nicht wundern. Sie gehören zum Ganzen und können ebenso dazu bestimmt sein, einen als notwendig erkannten Rückzug zu verhalten, wie die eigene Regierung, falls sie entschlossen sein sollte, auf der einmal beschrittenen Bahn zu verharren, in diesem unerbittlichen Tun nach Kräften zu unterstützen. Welche von diesen beiden Möglichkeiten hier vorliegt, ist im Augenblick noch nicht zu erkennen. Tatsache ist nur, daß in Paris sowohl wie in London im unmittelbaren Anschluß an den Empfang der deutschen Antwort lebhaft diplomatische Verhandlungen eingeleitet haben. Man weiß, daß in Kleinfeld, da in den Hauptzügen des Interessengegensatzes eine Verständigung noch unmöglich erscheint. Vielleicht, daß Frankreich sich endlich mit der Einberufung des Obersten Rates einverstanden erklärt, und daß dafür England und Italien wenn auch nicht eigene Truppen nach Oberschlesien schicken, so doch der neuen französischen Division ihren Segen geben. Frankreich preizt sich, indem es einen etwaigen Verzicht auf Einsetzung einer besonderen Sachverständigenkommission zum genauen „Studium“ der ober-schlesischen Frage als ein wertvolles Zugeständnis an den britischen Standpunkt hinsetzt, um dafür die Gegenseite dem eigenen Machtwillen gefügiger zu machen. Man gewinnt den Eindruck eines Rudhandels, wie er widerwärtiger kaum schon jemals vorgekommen ist, wobei die Anfandigung, daß Frankreich im Notfall auch auf eigene Faust vorgehen werde, einseitigen wohl nur als Schreckmittel zu bewerten ist. Denn einen Bruch mit England wünscht Herr Briand offensichtlich ebenso sehr zu verhindern, wie Lloyd George sich mit Frankreich um Oberschlesiens willen nicht verzanfen möchte, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß in Oberschlesien nur die tiefen weltwirtschaftlichen Interessengegenstände zwischen beiden Reichen äußerlich sichtbar in Erscheinung treten. Sie werden, wenn die Färsel über Oberschlesiens Schicksal gefallen sind, immer wieder an anderer Stelle sichtbar werden, wobei freilich derjenige Teil, der jetzt nachgibt, seine Lage für später unwiderbringlich verschlechtern würde. Was hier vor sich geht, ist ein Machtkampf, der, zwischen Verbündeten, natürlich nicht durch das Schwert entschieden werden soll. Die Welt ist nur ungemein begierig, zu erfahren, welches friedliche Schlichtungsmittel dafür gefunden werden wird.

Die deutsche Regierung muß sich darauf beschränken, den Rechtsstandpunkt festzuhalten, der ihr durch den Friedensvertrag zugewiesen ist. Sie findet damit in London einigermassen Verständnis, während die Franzosen natürlich rasch damit bei der Hand sind, auch diesen Zustand umzuwälzen. Um zu verhindern, daß ihre Verbündeten in diesem Falle offen für Deutschland Partei nehmen, schreiben sie Herrn Dr. Rosen in bekannter Eilefertigkeit die Absicht unter, zwischen London und Paris Zwietracht zu säen. Die deutsche Regierung ist aber der Meinung, daß der Zwietracht auf der Welt seiner Vermehrung bedarf, und daß andere Kräfte am Werke sind, um immer neues Unglück über die Völker zu bringen. Sie muß es den Alliierten überlassen, wie sie sich in den Schlingen des von ihnen bittersten Friedensvertrages zurechtfinden wollen. Sie selber muß und wird für deutsches Land und deutsches Volk mit den Mitteln des Rechts und der Wahrheit kämpfen, bis die letzte Entscheidung gefallen ist.

Aus dem Wortlaut der Note.

Die wesentlichsten Stellen der deutschen Antwort an Briand lauten wie folgt:

Die deutsche Regierung hält es für unmöglich, daß die Vorstellungen der französischen Note hätten erfolgen können, wenn die französische Regierung über die tatsächlichen Verhältnisse in Oberschlesien zutreffend unterrichtet gewesen wäre. Die Berichte des Generals Le Rond sowie die Mitteilung der polnischen Regierung, auf die sich die von dem französischen Botschafter übergebene Aufzeichnung beruht, decken sich offenbar nicht mit den tatsächlichen Zuständen im Abstimmungsgebiet. Die Lage in Oberschlesien ist in keiner Weise durch das Verhalten der deutschen Bevölkerung bedroht. Diese hat sich niemals mit dem Gedanken eines Aufstandes getragen. Als sie sich Anfang Mai zur Verteidigung zusammenschloß, erfolgte dies nur

in äußerster Notwehr gegen polnische Angriffe.

Die deutsche Bevölkerung denkt überhaupt nicht daran, die Waffe ihres guten Rechts mit der Gewalt zu vertauschen und wünscht nichts sehnlicher, als endlich wieder in Ruhe und Frieden ihrem Berufe ohne Störung durch polnische Gewalttaten nachgehen zu können. Die angeblichen Herausforderungen des Generals Doerflinger sind der deutschen Regierung trotz Nachforschungen nicht bekannt geworden.

Der Ausbruch „Bande“ für die aufgeklärten deutschen Selbstschutzbewegungen muß als entwürdigende Bezeichnung mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Die Ermordung des Majors Montalagère ist nicht von deutscher Seite erfolgt. In dem Raubverbrechen handelte es sich anscheinend um einen französischen Leutnant, der während des Aufstandes die Übergabe der Stadt Raubor an die Polen eifrig betrieben hatte und schon seit längerer Zeit die deutsche Bevölkerung durch sein Verhalten hart gereizt hat. Mißhandlungen des Offiziers haben nicht stattgefunden. Der angebliche Bombenwurf in der Nähe des Hospitals stellt sich als die Handlung eines Betrunknen dar. So bedauerlich diese Fälle auch erscheinen mögen, so lassen sie die von der französischen Regierung daraus gezogenen politischen Folgerungen nicht zu.

Die deutsche Regierung muß die Verantwortung für den ober-schlesischen Selbstschuß ablehnen.

Der ober-schlesische Selbstschuß hat sich als eine aus dem Zusammenbruch der Bevölkerung hervorgegangene Monochaktion dargestellt, der sich in einem Gebiet gebildet hat, das der deutschen Verwaltung entzogen und der Verwaltung der Interalliierten Kommission unterstellt ist. Nach der erfolgten Auflösung des Selbstschutzes sind seine ober-schlesischen Mitglieder in ihre Wohnstätten zurückgeführt, soweit ihnen dies bei dem immer noch herrschenden polnischen Terror möglich war. Die deutsche Regierung hat die in das unbefestigte Deutschland übergetretenen Teile des Selbstschutzes entlassen. General Doerflinger weist nicht in Brügge, sondern in seinem Wohnort Raubor. Während somit eine Gefährdung des Friedens von deutscher Seite keineswegs zu befürchten ist, besteht die ernste Gefahr, daß von polnischer Seite erneut versucht wird, das Ziel zu erreichen, das in drei Aufständen vergeblich angestrebt wurde.

Die Räumung des Gebietes durch die Polen ist nur zum Schein erfolgt.

Infanterie mit schweren Waffen sind über die Grenze gezogen, wo sie, zu neuem Einsatz bereit, in ihren Ausgangsstellungen versammelt sind. Aber innerhalb des Abstimmungsgebietes ist die gesamte militärische Organisation der Infanterie bestanden geblieben. Seitens der französischen Besatzungstruppen, welche gegen die deutschgesinnte Bevölkerung mit Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgehen, ist für die Entwaffnung der polnischen Infanterien bisher nichts Durchgeführtes geschehen. Zum Teil sind sogar in den neuereigrichteten Gemeindeführungen Infanterien mit ihren Gewehren angenommen worden. Wie sehr sich die polnischen Infanterien als Herren des Landes fühlen, zeigen in vielen Gegenden die Mißhandlungen und Verhaftungen deutschgesinnter Leute. In Schoppinitz besteht heute das Hauptquartier Korfantys in Gestalt einer sogenannten Hauptliquationskommission. Die deutsche Regierung bedauert lebhaft, daß die französische Regierung den vielen augenscheinlich von polnischer Seite ausgehenden falschen Behauptungen Glauben und Beachtung geschenkt hat. Sie gibt sich der Hoffnung hin, daß die französische Regierung auf Grund der obigen tatsächlichen Richtigstellungen der ihr vorliegenden Nachrichten zu der Überzeugung gelangen wird, daß von der Gefahr eines deutschen Aufstandes oder von einer deutschen „Drohung“ nicht gesprochen werden kann. Sie ist ferner der Ansicht, daß die

Bermehrung der französischen Streitkräfte

Schwierigkeit dazu beitragen würde, die infolge der noch ausstehenden Entscheidung naturgemäß gespannte Lage in Oberschlesien zu beruhigen. Die deutsche Regierung hat den Beweis geliefert, daß das Ziel ihrer Politik die Wiederherstellung friedlicher und normaler Beziehungen ist. Die Durchführung des Friedensvertrages hängt aber unter anderem davon ab, ob es gelingt, die Polen zu bringen, ihrerseits den Friedensvertrag zu achten, von dem Streben nach unrichtmässigen Zielen Abstand zu nehmen und auf die Anwendung aller Mittel der Gewalt zu verzichten.

Das Begleitschreiben.

Das dem französischen Botschafter in Berlin zugleich mit der Note zugehende, enthält die sehr wichtige Antwort auf eine Frage des französischen Botschafters, der zu wissen wünschte, ob Deutschland bereit sei, die nötigen Vorkehrungen für den Transport einer französischen Division zu treffen, die die französische Regierung nach Oberschlesien zu senden beabsichtigt. Darauf ist in diesem Schreiben erwidert worden, daß die deutsche Regierung bereit ist, bezüglich der Transporte von Truppen den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages in jeder Weise nachzukommen. Indessen kann ein Ersuchen um Beförderung von Truppen nach Oberschlesien nicht von